

# „Ein gewaltiges Konfliktpotential“

Arquint: Fehlender Minderheitenschutz in Europa könnte zu neuem Aufbäumen führen

**Bozen (hof) - FUEV-Präsident Romedi Arquint fuhr gestern schwere Geschütze gegen die Minderheitenpolitik der EU auf: Von den Beitrittsländern verlange die EU die Einhaltung des Minderheitenschutzes nach vorgegebenen Kriterien, „selbst wendet sie sie jedoch nicht an“ und nannte als Beispiele Frankreich und Griechenland. Arquint kritisierte auch den derzeitigen Entwurf der Europäischen Verfassung. Minderheitenschutz und Minderheitenrechte finden dort vorerst keinen Platz.**

Arquint bezeichnete auf dem 48. Nationalitätenkongress der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) die Minderheiten-Politik der EU als eine „Wischi-Waschi-Politik“ - mit Folgen, die für die Zukunft noch gar nicht absehbar seien. Weil bisher nur von den EU-Beitrittsländern Minderheitenstandards gefordert werden (nur bis zum Beitritt), nicht jedoch von den Mitgliedsstaaten selbst, werde es künftig ein „gewaltiges Konfliktpotential“ geben. Viele Länder könnten sich nach dem Beitritt fragen: Warum sollten wir die Kriterien zum Minderheitenschutz noch einhalten? gab Arquint zu bedenken.

## „Wischi-Waschi-Politik“

Staaten, in denen Minderheitenschutz bereits praktiziert wird, hätten bisher zu wenig Druck auf die EU ausgeübt, um das heikle Thema nicht zum Konfliktfall zu machen; als Beispiele nannte Arquint Deutschland, Österreich und Italien. Arquint forderte, dass in der neuen Europäischen Verfassung neben einem Nicht-Diskriminie-



*Heute geht der 48. FUEV-Nationalitätenkongress in der Eurac zu Ende. 188 Vertreter von Minderheiten aus 27 Ländern tauschten Erfahrungen aus und arbeiteten in Seminaren.* „D'OV

rungsartikel (Achtung der Vielfalt der Sprachen und Kulturen) auch ein Artikel über die Förderung von Minderheiten bzw. ein Förderungsrecht eingefügt werden sollte.

„Frankreich und Griechenland erkennen die Existenz von Minderheiten gar nicht an“, bemängelte Arquint weiters. Die Einflussmöglichkeiten der FUEV sind begrenzt: Man habe als Nichtregierungsorganisati-

on „nur eine kleine Stimme gegenüber Politikern“.

In die gleiche Kerbe wie Arquint schlug - was den Minderheitenschutz betrifft - auch SVP-Europaparlamentarier Michl Ebner: „EU und Minderheitenschutz - das ist keine Erfolgsgeschichte“, sagte Ebner. Es habe Versuche gegeben, man wollte sich trauen und schaffte es dann doch nicht. Es sei nicht nachvollziehbar, „von anderen etwas zu verlangen,

was man selbst nicht bereit ist zu leisten“. Ebner sprach von einer „blamablen Situation“.

Unterstaatssekretär Ovidiu Gant von der deutschen Volksgruppe in Rumänien berichtete über die Situation der Minderheiten in seinem Land. Rumänien wird 2007 der EU beitreten. Der Minderheitenschutz in Rumänien sei „zwar nicht perfekt, aber immer noch besser als z. B. in den baltischen Staaten“, sagte Gant.